

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 40

Köln, den 2. Oktober 1931

32. Jahrg.

Um den wirtschaftlichen Kurs.

Vor kurzer Zeit schrieb Professor Radbruch mit Bezug auf die Reichsreform: „In der deutschen Politik geschieht das Vernünftigste, nicht weil es vernünftig ist, sondern erst wenn gar nichts anderes mehr übrigbleibt, als das Vernünftigste zu tun. Man pflegt bei uns so lange zu warten, bis die Not mit ihrem heiligen Donner- schlage uns zwingt, vernünftig zu sein.“ Mit diesen Worten könnte man das „System“ der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik am besten kennzeichnen. Nachdem die Banken und Sparkassen ihre Schalter wieder geöffnet haben, ertönte der Schlachtruf nach „wirtschaftlicher Selbsthilfe“. Er ist wirkungslos verhallt, nachdem man erkannt hat, mit wie großen Opfern ein solches Programm des nationalen Selbstbewußtseins verbunden ist.

Die Atempause, welche uns für die Rückzahlung der kurzfristigen Auslandskredite mit dem Lantou-Bericht zur Konsolidierung der inneren Verhältnisse gewährt worden ist, wird von Tag zu Tag kürzer. Nach der Methode des Dogels Strauß wird gar nicht einmal der Versuch gemacht, sechs Monate vorauszuendenken. Aus der Rundfunkrede des Reichskanzlers weiß man nur, daß uns der „schlimmste Winter seit 100 Jahren“ bevorsteht. Und dieses Bangen um die Lebensgrundlagen der nächsten Monate wird noch unendlich verschärft durch die Furcht vor der entscheidenden „Krise des Kapitalismus“. Allgemein tut man jetzt so, als ob gegen die furchtbare Not des kommenden Winters nichts anderes möglich sei, als den Hunger der unschuldig Arbeitslosen mit „einem Liter nahrhafter Suppe und einem Pfund Brot“ zu stillen. Das ist wohl die Stimmung in den verantwortlichen Kreisen, auch in der Regierung. Als ob es sich um ein unabwendbares Schicksal handelt, wartet man nach den Regeln der bisherigen Krisentheorie auf das große Wunder, den wirtschaftlichen Aufschwung. Den haben uns im Frühjahr gewisse Leute, auch verschiedene Reichsminister, schon für das Ende dieses Jahres, spätestens für den kommenden Frühling prophezeit.

Ganz gegen die Regel ist der Aufschwung noch nicht gekommen, hat sich die Krise immer noch weiter verschärft und mit ihrer Not und Arbeitslosigkeit der Weltrekord aller Zeiten überschritten. Immer wieder entschuldigend man die falschen wirtschaftlichen Voraussetzungen mit dem Hinweis auf die politischen Hindernisse und tut so, als ob das für uns ganz außergewöhnliche Faktoren sind. Dabei weiß heute jedes Schulkind, daß die Einmischung der Politik in die wirtschaftlichen Verhältnisse unabwendbare Tatsachen sind, mit denen wir auf alle Fälle rechnen müssen. Es ist doch heute so, daß sich die Staaten nicht nach dem Ideal der Liberalisten auf „Nachtwächterfunktionen“ beschränken lassen, sondern im Innern wie auch international entscheidend in das Wirtschaftsleben eingreifen. Deshalb kann man wirtschaftlich nur dann richtig denken, wenn man die politischen Faktoren berücksichtigt.

Mit dem Hinweis auf das in der Ausarbeitung begriffene „Wirtschaftsprogramm“ der Reichsregierung wird unsere Behauptung, daß gegen die Not und Arbeitslosigkeit wirtschaftspolitisch nichts oder nichts Genügendes geschieht, scheinbar widerlegt. Das scheint aber nur so. Denn soweit aus den bisherigen Verlaufbarungen zu erkennen ist, handelt es sich gar nicht um ein „Wirtschaftsprogramm“, noch nicht einmal um ein Wirtschaftsprogramm für den kommenden Winter.

Es sind doch in der Hauptsache rein fiskalische Maßnahmen, die zte Aktion zur Sanierung der öffentlichen Kassen, die zum zten Male in Unordnung sind. Und diese öffentlichen Kassen sind in

unserem Wirtschaftssystem nicht Träger, sondern höchstens Glieder der Wirtschaft. So notwendig es ist, daß auch die öffentlichen Ausgaben und Einnahmen sich die Waage halten, so wenig ist damit für die Wirtschaft selbst getan. Haben die fast regelmäßig auftretenden Defizite von Reich, Ländern und Gemeinden nicht endlich den Beweis dafür geliefert, daß diese „fiskalischen Sanierungen“ etwas völlig anderes sind als die wirtschaftliche Gesundung? Haben sie nicht im Gegenteil bewiesen, daß die Budget-Sanierung eine Unmöglichkeit ist, wenn ihr die Wirtschaftsanierung nicht vorausgeht? Seit mehr als einem Jahre sind die Etats von Reich, Ländern und Gemeinden immer wieder durch Abstriche „in Ordnung“ gebracht. Und immer war das Ergebnis ein neues Anschwellen des Bedarfs und ein Absinken der Einnahmen, beides in einem überstürzten Tempo.

Wie wird das große Wunder des neuen Programms aussehen? Abstriche und neue Steuern, Steuern und weitere Abstriche, das ist alles, was man bisher gehört hat. Das ist überhaupt seit langem das einzige Wirtschaftsrezept. Und was ist bisher daran herausgekommen? An sich ist das Sparen eine schöne Tugend. Aber in einer Notzeit wie der jetzigen kann der Superlativ dieser Tugend sehr leicht zur Untugend werden. Das hat sich schon jetzt gezeigt. Alle Abbaumaßnahmen der letzten Monate haben den verkürzten Wirtschaftsertrag immer noch weiter geschmälert und zu neuen Ausgaben, Steuern und weiteren Sparmaßnahmen geführt. Gibt es heute irgendeinen vernünftigen Menschen, der sich von dieser Methode noch irgend was verspricht? Ist diese Senkung auf allen wirtschaftlichen Lebensgebieten auch die einzig mögliche und richtige Methode? Kann nur so die Krise und Arbeitslosigkeit überwunden, die Voraussetzung für einen neuen Aufschwung geschaffen werden?

Die herrschende Krisentheorie bejaht all diese Fragen. Nach ihr läuft jede Krise nach einem bestimmten Schema ab, sind die Dinge, welche wir jetzt erleben, nur das unvermeidliche Wellental, das sich ganz von selbst wieder in den Wellenberg aufbuchtet. Verelendung, Zusammenbrüche, Arbeitslosigkeit, alles das sind nach dieser Theorie ganz normale Erscheinungen der Depression, und eben in ihrer Normalität ein Bestandteil jenes Automatismus, der jede Depression wieder in Aufschwung verwandelt. Schließlich müßten wir für das Ausmaß der jetzigen Depression noch dankbar sein. Je energischer jetzt gereinigt wird, um so besser muß später alles werden. Der „moderne Kapitalismus“ hat schon sehr viele derartiger Depressionsperioden erlebt, ja solche Rückschläge gehören geradezu zu den Lebensgesetzen dieses Wirtschaftssystems und werden allgemein für unvermeidlich gehalten. Aus jeder dieser Mißwenden kam man aber bald wieder heraus, auf jeden Niedergang folgte ein Aufschwung, und zwar stets, wie man so sagt, dank dem „freien Spiel der Kräfte“. Das schien bisher der schlagendste Beweis für die Richtigkeit der ganzen liberalen Anschauung zu sein, die hier wie überall die These vertritt, daß alles wirtschaftliche Geschehen sich selbst reguliere. Allen wirtschaftlichen Erscheinungen gegenüber hat der Liberalismus diese Theorie angewandt, hat er beharrlich daran festgehalten, daß eine immanente Tendenz zur Selbstordnung die Dinge beherrsche. Zu große Einfuhr reguliert sich durch Goldabfluß und Kreditverknappung, zu geringer Kapitalvorrat durch hohen Zinsfuß und Kredit-

zufluß; zu große Erzeugung wird automatisch beseitigt durch Preisfall und Produktionseinschränkung, zu geringe Erzeugung führt zu Preiserhöhungen und damit zum Produktionsanstieg. Zu hohe Preise regulieren sich durch Konkurrenzeinfuhr des Auslandes, zu niedrige Preise werden durch verstärkte Ausfuhr wieder ausgeglichen. Noch Dutzende solcher automatischer Wirkungen könnten aufgezählt werden. Nach einem gleichen Automatismus sollen Hochkonjunktoren in Niedergang und Niedergang wieder in eine Konjunktur verwandelt werden. Fünf Jahre waren bisher das Höchstmaß für beide, keine längere Periode ununterbrochener Hochs und Tiefs verzeichnet die Geschichte des letzten Jahrhunderts, und immer wieder folgte dem Gewitter ganz von selbst der Sonnenschein. Hat es nicht allein aus dieser geschichtlichen Erfahrung seine Richtigkeit mit der liberalen Krisentheorie? Vollzieht sich nicht auch jetzt wieder daselbe, was sich seit Napoleons Zeiten mindestens zwanzigmal vollzog — vielleicht etwas schwerer, aber das wäre nur ein Unterschied des Grades. Und können wir anderes tun als im festen Vertrauen auf den Sonnenschein schicksalsergeben den Dingen ihren „natürlichen“ Lauf zu lassen?

Es scheint, daß man sich immer mehr zu dieser Ansicht bekehrt. Nachdem man der dauernden Sorgen müde geworden ist, scheint die Flucht in die liberale Theorie immer noch der

beste Ausweg, da es, wenigstens für die Führung, doch einfach ist, nach dem Grundsatz zu handeln: „Laßt die Krise sich nur erst richtig einmal austoben, dann kommt von selbst die Besserung“.

Aber es gibt, das wird allgemein anerkannt, einige Tatbestände, die dem Funktionieren des liberal-automatischen Mechanismus hindernd im Wege stehen. Zum Beispiel die Kartelle, in ihrer Wesensart ganz unliberale Gebilde, deren Hauptzweck es doch ist, den Hauptmotor des liberalen Krisenmechanismus vollständig unwirksam zu machen. Oder gewisse Arten von Zöllen, welche doch tatsächlich bestimmte Klassen von Produzenten künstlich erhalten und damit gegen einen Wesenszug des Liberalismus, die Auslese der wirtschaftlich Lebensfähigen, verstoßen. Schon zu Anfang dieses Jahres hatten wir an dieser Stelle aufgezeigt, daß gerade diese Faktoren der automatischen Überwindung der Krise am meisten entgegenstehen. So sehr man aber auch in der „Wirtschaft“ von dem liberalen Mechanismus der Krise überzeugt ist, von diesen Hemmungen will man nichts verstehen. Das heißt, man akzeptiert nur den bequemsten Teil der Theorie — das liegt ganz im Wesen des auf den Eigennutz eingestellten Kapitalismus —, während man den unbequemen Teil einfach ignoriert. Hier aber haben die notwendigen Reformen einzusetzen. St.

Wirtschaftspolitik und Krisentheorie.

Bei all den Hemmungen, die der „heißamen“ Wirkung des freien Spiels der Kräfte entgegenstehen, lautet für uns heute die Hauptfrage: Ist die liberalistische Krisentheorie heute überhaupt noch richtig? Ist es, weil ein Dutzend Krisen im Schema den gleichen Ursprung und gleichen Verlauf hatten, notwendig, daß auch die dreizehnte ihnen genau gleicht? Um dieser Frage auf den Grund zu kommen, muß man sich das Schema der früheren Krisen vor Augen führen. Immer fing es mit einer Art Flackern an. Nach einer Periode großer Investitionen wurde regelmäßig das Kapital knapp. In einzelnen Branchen begann man zu spüren, daß man überproduziert oder überinvestiert hatte; der Zinsfuß stieg, neue Unternehmungen wurden unterlassen, Waren drängten überstürzt und zu jedem Preise zur Veräußerung, Mißtrauen zwischen Kreditgebern und Kreditnehmern stellte sich ein, und eines Tages trat der psychologische Moment ein, wo jeder wußte: die Konjunktur ist aus, rette sich wer kann! In diesem, der Hochkonjunktur unmittelbar folgenden Augenblick kam es gewöhnlich zu einem großen Krach: entweder in einer spekulativen Warenbranche, wie 1907 in Kupfer, oder häufiger zu einem Bank- und Börsenkrach.

Schon hier müssen wir den Unterschied zwischen einem „normalen“ Krisenverlauf und der deutschen Situation des Jahres 1931 feststellen. Die Krachs folgten der Hochkonjunktur auf dem Fuße und leiteten die Periode des Niedergangs ein. Nie ist dieses Schema durchbrochen worden. Unser Krach vom Juli 1931 war aber kein Abschluß der Hochkonjunktur, sondern erfolgte erst, nachdem der Niedergang schon mehr als zwei Jahre im vollen Zuge war. Gerade diese Verzögerung weist auf eine Wesensverschiedenheit der jetzigen Krise hin. Denn der Krach ist gewöhnlich das Symptom des plötzlichen Umschlags von Optimismus in Pessimismus. Von Überproduktion in Flucht aus dem Geschäft, von Spekulation in Flucht aus dem Risiko. Nach keiner liberalen Theorie ist ein Krach noch möglich, wenn die ganze Umstellung faktisch und psychologisch schon längst vollzogen ist. Nur eine Deutung ist möglich: daß der Mechanismus des Niedergangs nicht mehr funktionierte, weil er nicht mehr die Wirkungen auslöste, die ihm nach der liberalen Theorie zukommen.

Welches sind die Wirkungen des Niedergangs, der nach früherem Schema dem Krach erst folgte, jetzt aber zwei Jahre vor ihm kam? Nach der liberalen Theorie müssen unbedingt zwei Wirkungen eintreten: die Preise, Löhne und Zinsfüße müssen stürzen. Gerade darin liegt der Automatismus, der die Grundlagen eines neuen Aufschwunges schaffen soll. Infolge dieses dreifachen Prozesses ereignet sich nach der Theorie folgendes: Erstens bildet sich zwischen den gefallenem Einkommen und den regelmäßig stärker gefallenem Preisen eine neue Stabilität, durch die die Jagd nach unten nach einiger Zeit zum Stillstand kommt. Die Kurve der Entwicklung wird wieder eben, wenngleich auch auf einem tieferen Niveau als in der Konjunktur.

Zweitens entsteht bei niedrigsten Zinsfüßen ein Überfluß an unbeschäftigtem Gelde, dessen Umwandlung in Unternehmerkapital nur davon abhängt, daß die Eigentümer sich entschließen, es wieder langfristig herzugeben. Nach der Theorie reißt dieser Entschluß infolge irgendeines seelischen Vorganges, der den Pessimismus wieder in Optimismus verwandelt. So war der Hoover-Plan ein wenn auch mißglückter Versuch, diese psychologische Wendung künstlich zu erzeugen. Das theoretische Ergebnis ist jedenfalls, daß die Geldeigentümer wieder beginnen, ihre Mittel in Unternehmungen und Spekulationen zu stecken, daß in die Stockung wieder Leben kommt, daß die Bautätigkeit und Maschinenbestellung wieder zunimmt, daß von hier aus sich der ganze Absatz belebt und daß in der warmen Luft dieser hoffnungsvollen Erscheinungen eine neue Konjunktur auf allen Gebieten ausblüht. Man sieht: der eigentliche Anstoß zur Wendung ist mysteriös. Aber damit er wirken kann, müssen bestimmte Vorbedingungen erfüllt sein, muß die Lage jenen Zustand der Bereitschaft angenommen haben, der in der Periode des Niedergangs entsteht. Das Funktionieren oder Nichtfunktionieren des Automatismus zeigt sich daran, ob diese Vorbedingungen eintreten.

Zum ersten Male sehen wir in der jetzigen Krise, daß auch nach zweijähriger Dauer des Niedergangs noch nichts von der Entwicklung zu merken ist, die sich in der Richtung auf jene Vorbedingungen bewegt. Das einzige, was tatsächlich gestürzt ist, sind die Löhne. Nicht aber, oder nur viel weniger gestürzt sind die Preise. Jedenfalls ist die Entwicklung beider Faktoren nicht derart, daß sie sich in der Jagd nach unten irgendwo wieder treffen können, so daß sich eine neue Stabilität bilden kann. Der Abstand zwischen beiden wird von Monat zu Monat größer, die Kaufkraft der Einkommen kann nur eine immer kleinere Warenmenge bewältigen und jede Vergrößerung des Abstandes zwischen Preis- und Lohnniveau führt weiter weg von der Konjunkturbereitschaft, die doch das automatische Resultat des Niedergangs sein soll.

Man kann sagen, daß unsere Wirtschaft nicht mehr liberal sei, daß Kartelle und Zölle, die der Preislenkung entgegenwirken, sie umpanzern. Aber das ist kein stichhaltiger Einwand. Denn sie repräsentieren doch eine Wirklichkeit, mit der wir rechnen müssen. Bisher hat sich noch kein Mittel gefunden, die Kartelle zu zerbrechen oder die Zölle mit einem Schläge zu beseitigen. Deshalb ist das Evangelium der Selbstheilung, das jetzt mit dem Vorbehalt garniert wird, daß zu ihrem Wirksamwerden natürlich die Kartelle und Zölle abgeschafft werden müssen, solange nur eine Illusion, als diese beiden Hindernisse nun einmal nicht abzuschaffen sind. Dabei ist es noch eine große Frage, ob jetzt die Zertrümmerung der Kartelle überhaupt noch ausreichen würde, die Preise erheblich herunterzubrüchen. Gewisse Mengen von Lagerbeständen würden ohne Kartelle vielleicht billig verschleudert werden.

Für die neufabrierten Güter aber wirkt sich dann, wo zum ersten Male das Gesetz der „fixen Kosten“ als ganz großes Problem am Horizont aufgetaucht ist, jeder Niedergang, jede Absahschrumpfung als Tendenz zur Kosten- und Preissteigerung aus. Auch das ist neu in der Wirtschaftsgeschichte und steht in schroffem Gegensatz zur liberalen Annahme, daß jeder Niedergang seine Heilelemente in sich selbst trage. Unser jetziger technischer Produktionsapparat ist kalkulatorisch auf volle Ausnutzung der „Kapazität“ eingestellt. Jede Produktions einschränkung wirkt im Gegensatz zu früheren Zeiten heute unmittelbar kostensteigernd. Wir sehen, daß in bezug auf Preis und Lohn keine automatische Entwicklung nach der Richtung eingetreten ist, die zur Bereitschaft zu neuem Aufstieg führt. Das Bild des Niedergangs entspricht also überhaupt nicht mehr dem liberalen Schema.

Noch weiter entfernt vom liberalen Schema ist die Entwicklung der Zinssätze in dieser Depressionsperiode. Während sie in stetigem Sinken begriffen sein müßten und in den zwei Krisenjahren allmählich schon in der Gegend von 1—2 Prozent angelangt sein sollten, verhalten sie sich ganz und gar widerspenstig und sind sogar heute höher als zu Beginn der Stokung. Auch hierauf antwortet der liberale Evangelist mit allen möglichen „Wenns“: Wenn die Welt nicht so unter politischem Druck gehalten würde, wenn das Gold richtig verteilt wäre, wenn die Angst vor politischem Umsturz nicht existierte, wenn nicht so viel Kapital unproduktiv in Fehlinvestitionen angelegt worden wäre — wenn wir — mit einem Worte — noch im liberalen Zeitalter lebten, dann würden heute auch die Zinssätze minimal sein. Sie sind es nicht, weil die Menschen, die Umstände, die politischen, ökonomischen und sozialen Umstände, sich grundlegend geändert haben. Mit den hohen Zinssätzen ist ein weiterer Stein aus dem Mechanismus der liberalen Theorie herausgebrochen und der Beweis ist gegeben, daß einmal diese Krise unmöglich zu dem normalen Rhythmus des Kapitalismus gehören kann, außer dem, daß dieser neue Krisentypus keine Aussicht auf jene automatische Selbstheilung bietet, die sich bei allen Krisen alter Art immer wieder durchsetzte und die den Orthodoxen des Liberalismus auch jetzt wieder als sichere und einzige Rettung gilt.

Auch in Wirtschaftskreisen mehrten sich allmählich die Stimmen, aus denen hervorgeht, daß es sich diesmal möglicherweise um eine Krise des Wirtschaftssystems handelt. Auf der Washingtoner Tagung der Internationalen Handelskammer stand die Elite der Wirtschaftsführer der Welt dem wirtschaftlichen Weltvölkchen ratlos gegenüber. Auf großen Wirtschaftstagungen hören wir in vorsichtig abgewogenen Worten von der Möglichkeit einer Krise des Kapitalismus sprechen. Es hat hier keinen Zweck, auf Einzelheiten näher einzugehen, das ist wiederholt geschehen. Notwendig ist aber gerade jetzt der Hinweis, daß das veränderte Leiden der Wirtschaft nicht mit einem alten Rezept und mit falscher Medizin geheilt werden kann. Wenn ein Mensch neunmal in gewissen Abständen von Malaria befallen war und es stellt sich aufs neue wieder Fieber ein, so ist man geneigt, an einen zehnten Anfall der gewohnten Krankheit zu glauben. Überzieht sich die Haut jedoch mit Pusteln, dann wird man vielleicht nicht umhin können festzustellen, daß es sich diesmal nicht um Malaria, sondern um Blattern handelt. So auch mit der wirtschaftlichen Diagnostik. Weil der Kapitalismus schon ein duzendmal eine

Krankheit bestimmten Charakters durchmachte, darf man daraus nicht schließen, auch die neue Krankheit sei gleicher Art. Die Symptome sind anders und deshalb auch die Krankheit selbst, die aus diesem Grunde nur mit einer anderen Heilweise behandelt werden kann.

Wie Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald in seiner Begrüßungsrede auf dem Rheinischen Handwerkerkongress andeutete, steht die Inkrassierung des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung unmittelbar bevor. In welcher Richtung liegt dieses Programm? Wird es endlich eine Umkehr in der Politik der „Kostensenkungen“ bringen, worunter von der „Wirtschaft“ doch nur Lohnsenkungen verstanden werden? Es scheint zweifelhaft, trotz aller Anstrengungen unserer früheren Führer. Die „Wirtschaft“ will einmal nicht zu der Erkenntnis kommen, daß sie wie in früheren Zeiten auch das Risiko der schlechten Zeit eventuell mit dem Verlust des Vermögens zu tragen hat. Immer wieder beruft sie sich auf eine Theorie, gegen deren Grundgesetze sie seit jeher verstoßen hat. Sie verlangt Beseitigung aller wirtschaftshemmenden und politischen Bindungen, setzt dabei aber voraus, daß sie in ihrer Kartellpolitik nicht gestört wird. Sie fordert überall Herabsetzung der Löhne und Gehälter, wo nach aller bisherigen Krisenerfahrung eine daß Maß der Lohnsenkung weit übersteigende Preissenkung das einzige Richtige wäre. Mit allen Mitteln drängt sie auf äußerste Sparpolitik, die allmählich schon zur Hungerpolitik geworden ist, wo es doch feststeht, daß das Wirtschaftsleben nur durch gesteigerte Verbrauchsmöglichkeit wieder in Gang gebracht werden kann. Die Annahme wäre falsch, daß die Kapitalbesitzer ihren eigenen Vorteil nicht erkennen. Darum geht es jetzt nicht.

Das Haupthindernis ist gegenwärtig, daß die Wirtschaft nicht einsehen will, daß ein großer Teil des investierten Kapitals wirtschaftlich rettungslos verloren ist. Durch hohe Preise und Hungerlöhne glaubt sie diese große Abschreibung umgehen zu können. Auf die Dauer ist das nicht möglich. Der Sanierungsprozeß kann auf dem bisherigen Wege nur hinausgezögert werden, vielleicht so lange, bis die Not des Volkes zu fürchtbaren Gewaltmaßnahmen zwingt. Es ist doch ein unmöglicher Zustand, daß durch die Kartelle gegenüber den Nachbarländern und dem Weltmarkt in Deutschland das Eisen um 50—55 Prozent, die Kohle um 45 Prozent, die Stickstoffe um 35 Prozent, überhaupt alle Rohstoffe weit übersteuert sind, daß wir durch das Zusammenwirken von Kartellen, Zöllen und Verbrauchsabgaben für Benzin das Dierfache, für Getreide das Dreifache anderer Länder zu zahlen haben. Wird das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung gegen diese Hemmungen energisch Front machen? Wird sie, wie Theodor Wolf im Berliner Tageblatt schreibt: diesmal mit Notverordnungen rücksichtslos schießen. „Jedes Schrapnell ein Kartell, jeder Schuß ein Syndikat?“ Und wird endlich der kriegerrischen „Grünen Front“ erklärt, daß es unmöglich ist, die Not der Landwirtschaft durch die „Naturalversorgung“ auf Kosten der Arbeitslosen zu beheben: Wir hoffen es. Es wäre doch ein Widersinn, wenn das Wirtschaftsprogramm den arbeitenden und arbeitslosen Schichten nur Senkungen und Abbau brächte, wogegen auf der anderen Seite den Ärmsten sogar noch der Hering durch Zollerhöhung verteuert und versalzen werden soll. Gerade jetzt, wo die allgemeine Not aufs höchste gestiegen ist, ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß wir wirtschaftspolitisch, in alten Theorien befangen, auf falschem Wege sind. Eine Umkehr muß und wird auch kommen. . . Id.

Lebenshaltungsindex und Lohnfrage.

Die Forderung nach weiterer Lohnsenkung wird in der Öffentlichkeit mit dem Hinweis auf die sinkenden Indizes begründet. An der rechnerisch richtigen Darstellung der Preisbewegung braucht man nicht zu zweifeln. Man muß aber berücksichtigen, auf welche Art das Rechnungsergebnis erzielt wird. Bekanntlich werden zu diesem Zwecke seit einer Reihe von Jahren die Preise einer bestimmten, genau bezeichneten Anzahl und Menge von Waren registriert, addiert und gewogen. Dabei bleibt nicht, jedenfalls aber ungenügend beachtet, daß eine ganze Reihe dieser Waren für den Arbeiterhaushalt nicht oder nicht mehr in Frage kommen, weil dieselben — trotz des Preisrückganges — nicht mehr erschwinglich sind.

Was nützt der Arbeiterschaft ein billiger Butterpreis, wenn es infolge der bereits vorgenommenen Lohnsenkungen kaum mehr zu Margarine reicht? Die Beispiele ließen sich beliebig vermehren. Zwar sind die direkten Lebenshaltungskosten am stärksten gesunken. Gleichzeitig aber auch die Kaufkraft der Arbeiterbevölkerung.

Übereinstimmend berichten unsere Konsumvereine über eine außerordentlich starke Abwanderung von guten, aber preiswerten, zu billigeren Qualitäten.

Diese Feststellungen dürften den Rufern im Streite um weitere Lohnsenkungen nicht verborgen geblieben sein und müßten mit der in anderen Volkskreisen weit verbreiteten Oberflächlichkeit in der Beurteilung des Wertes einer doch mehr oder weniger theoretischen Indezrechnung aufräumen.

Was will es für einen erheblichen Teil der Arbeiterschaft, selbst wenn er noch in Arbeit und Verdienst steht, was will es für das große Heer der Arbeitslosen besagen, wenn die Lebenshaltungskosten im Juli auf 137,4 gesunken, innerhalb dieser Gesamtziffer aber so erhebliche Unterscheidungen vorhanden sind, die statt der sinkenden eine steigende Tendenz aufweisen und die Haushaltsführung stärker und drückender belasten. Gewiß ist beispielsweise die Maßziffer für Textilien gesunken, stärker sogar wie andere Waren-

gruppen. Aber — und das ist doch die Kernfrage — welcher Arbeiter kann sich nun diese Preissenkung zunutze machen und sich mit Textilien genügend versehen? Auf der anderen Seite ist die trotz aller Preissenkungsbefrebungen nach oben verlaufende Preisbewegung bei Miete, Beleuchtung, Heizung, Steuern usw. Die Wohnungskostenziffer stand 1925 auf 81,5, sie ist jetzt bei 132 angelangt.

Wertet man die Senkung der Indezziffer, dann muß man dem Institut für Konjunkturforschung zustimmen, wenn es am 6. September in seinem Wochenbericht erklärt: „Um wesentlich mehr als 12 Prozent ist allerdings das Einkommen der noch in Beschäftigung befindlichen Arbeitnehmer gesunken; bei diesem Einkommen hat die Senkung der Preise den Rückgang des Nominal Einkommens sicher noch nicht zur Hälfte ausgeglichen.“ Zwar handelt es sich bei diesen Angaben auch wieder um Durchschnittswerte, die in Einzelfällen grotesk hohe Lohnabzüge als Unterlage haben. Doch bleiben wir einmal bei den Angaben des Instituts. Der Nachteil also, den die Lohnentwicklung nach unten nachzinkende Preisbewegung verursacht, wirkt sich auf keinen Fall wirtschaftsfördernd, sondern gegenteilig aus.

Dabei kann sich das Unternehmertum nicht genug tun in weiteren Lohnabbauforderungen. Die Kündigungen der Lohnvereinbarungen und Tarifverträge sind an der Tagesordnung. Wenn der Reichsarbeitsminister in letzter Zeit wiederholt erklärt hat, daß eine zweite generelle Lohnabbauwelle nicht beabsichtigt sei, dann mag man ihm das glauben, muß ihn aber darauf hinweisen, daß diese Abbauwelle sich schon im besten Zuge befindet. Sie setzt sich zwar aus unzähligen Einzelvorgängen zusammen, die aber nach ihrem im Sinne der Unternehmer erstrebten Ablauf einen Unterschied gegenüber generellen Maßnahmen nicht mehr erkennen lassen.

Mit der sinkenden Indezziffer wird das Verlangen der Unternehmer begründet. Ist es möglich, so muß man fragen, mit dieser Begründung die Löhne zu senken? Wenn man die in Tageszeitungen immer häufiger zu findenden Haushaltrechnungen zur Hand nimmt, muß die Frage glatt verneint werden. Aus unserem eigenen Material offenbaren sich uns die schlimmsten Verhältnisse. Dafür eine Probe:

Der Hilfsarbeiter mit 61 Rpf Stundenlohn hat in der Woche bei voller 48stündiger Arbeitszeit ein Bruttoeinkommen von 29,80 RM. Davon gehen ab an Miete, Licht und Heizung 7 RM und an Beitrag für die Versicherung 3 RM. Es verbleiben ihm somit zum reinen Lebensunterhalt 18,85 RM.

Wie lebt nun diese Familie?

Das zur Verfügung stehende Einkommen beträgt	18,85 RM
An Brot je Tag 4 Rpf, je Woche 28 Rpf, a 20 Rpf	= 5,60 RM
An Brotaufstrich 50 Rpf, je Woche	= 3,50
An Milch 1/2 Liter je Woche	= 0,68
An Fett je Tag 30 Rpf, je Woche	= 2,10
An Gemüse je Tag 30 Rpf, je Woche	= 2,10
An Zucker, Mehl und sonstige Artikel 33 Rpf, je Woche	= 2,31
An Kartoffeln 50 Rpf, je Woche	= 2,00
zusammen	18,49 RM
verbleiben	0,36 RM

Mit diesem übrigbleibenden Betrag von 36 Pfennig muß die Familie alle anderen Lebensbedürfnisse bestreiten. Wovon soll Kleidung beschafft werden? Wie soll die Familie Schuhe und Schuhreparaturen bezahlen? Wie bleibt die Wäsche? Angefichts dieser nüchternen nackten Zahlen wird jeder einsehen müssen, daß die Familie auch bei voller Arbeit des Vaters verelenden muß. Kein Wunder, daß die Mütter zur Heimarbeit greifen und die Kinder mit zur Arbeit herangezogen werden müssen.

Man wende nicht ein, daß hier ein besonders krasser Fall herausgegriffen sei. Man sage auch nicht, daß es sich im vorliegenden Falle um einen Betrieb in ländlicher Gegend handele. Nein, auch in Großstädten sind Einkommen in so bescheidener Höhe überaus häufig und selbst die sicher besser entlohnnten Facharbeiter erübrigen von ihrem Lohn für allgemeine Bedürfnisse so lächerlich geringe Beträge, die in keiner Weise für die Befriedigung des bescheidensten Bedarfs reichen. Kein Wunder darum, wenn Handel und Wandel stockt und die Schrumpfung der Wirtschaft zu immer weiteren Folgerungen führt. Der Einzelhandel führt schon seit längerer Zeit bewegliche Klagen über den Rückgang der Kaufkraft und — als Folge — des Umsatzes. Auch mengenmäßig! Die Umsatzstatistik der Warenhäuser ergäuzt und erhärtet diese Beobachtungen.

Was nützt also dem Bezieher kleiner Einkommen die — laut Indez — Verbilligung der Lebenshaltung? Selbst wenn man die ältere Familie — Eltern und Kinder — durchaus als Einheit nimmt und das gesamte Einkommen sämtlicher Familienmitglieder in Ansatz bringt, kommt eine wesentliche Besserung der Gesamtlage nicht da-

bei heraus. Der Aderlaß, den sich die Arbeiterschaft durch den Lohnabbau gefallen lassen mußte, war zu stark und muß unerwünschte und bedenkliche wirtschaftliche Folgen zeitigen. Um nicht weitere verderbliche Wirkungen durch erneuten Lohnabbau herbeizuführen, muß unbedingt Schluß gemacht werden mit der Lohnabbauparole. Eine Wirtschaft, die dem Arbeiter das zum Leben Notwendige nicht mehr bereitstellen kann oder will, eine Wirtschaft die sich lediglich über das Lohnkonto sanieren zu können glaubt und ihr Verhalten mit den doch sehr theoretischen Indezziffern begründet, kann keinen Anspruch auf Schutz und Hilfe durch den Staat erheben. Der Staat hat Bedacht zu nehmen nicht nur auf die Wirtschaft, sondern mehr noch auf das physische Leben, das in erster Linie seinen Bestand verbürgt, also auf die Lebensmöglichkeiten und Lebensbedingungen der breiten Masse des Volkes. Dabei kommt es sehr auf das Verhältnis der Löhne zu den Preisen an. Die staatlichen Organe haben darum die Pflicht, eine Lebenshaltungskostenberechnung anzustellen und zu veröffentlichen, die, weil sie in der Hauptsache die Begründung für die Einstellung der Wirtschaft zur Lohnfrage darstellt, den Tatsachen mehr wie bisher Rechnung trägt.

Rundschau.

Deutsche Verbraucherwoche. Der Reichsverband deutscher Konsumvereine e. V., Köln, veranstaltet vom 4. bis 11. Okt. ds. Js. die „Sechste Deutsche Verbraucherwoche“. Die Verbraucherwoche steht in diesem Jahre unter dem Zeitgedanken „Volk in Not“. Nach einem einheitlichen Plane werden die Konsumgenossenschaften des Reichsverbandes in dieser Zeit eine erhöhte Werbetätigkeit entfalten und auf die Vorteile hinweisen, die der organisierte Warenbezug durch Großeinkauf und Eigenproduktion heute schon seinen Mitgliedern bietet.

Darüber hinaus aber will die Verbraucherwoche Verständnis wecken für die genossenschaftliche Wirtschaftsweise, die die Fehler vermeidet, die zu der heutigen Wirtschaftskrise geführt haben. Die genossenschaftliche Wirtschaft stellt Bedarfsdeckung gegen Bedarfsweckung, Barzahlung gegen Kreditwirtschaft, nationales Sozialkapital gegen internationales Privatkapital, Rückvergütung nach dem Umsatz gegen Kapitaldividende, Preisregulierung gegen Preiszwang, Produktion für einen organisierten Bedarf gegen planlose Produktion und Fehlinvestierung. Wir werden gelegentlich der Verbraucherwoche eingehend den Gedanken „Konsumvereine und Arbeiterbewegung“ behandeln.

Etwas von deutscher Kapitalflucht! Bekanntlich haben die ganz vorsichtigen Leute im Lande das als dringend notwendig gepredigte Vertrauen zu deutschen Geldinstituten und Kapitalanlagemöglichkeiten nur in beschränktem Maße oder überhaupt nicht besessen. Darum legten sie ihren Mammon, den sie zwar bei uns „verdienten“, bei ausländischen Banken an. Trotz der Kapitalfluchtgesetze gelang es ihnen, sehr beträchtliche Teile des deutschen Volksvermögens über die Grenzen zu bringen. Wir beobachten, wie die Regierung sich durch Steueramnestie und ähnliche Lockmittel bemüht, die Sünder bei guter Laune zu erhalten und zu bewegen, diesen unrechtmäßigerweise ausgewanderten Mammon zurückzubringen in unser kapitalarmes Vaterland. Wer und welche Kreise zu diesen edlen Patrioten gehört, hätte man niemals erfahren, wenn nicht auch im Ausland ab und zu ein Bankkrach eintreten und den einen oder anderen aus der Gilde der Kapitalflüchtigen gehörig mitnimmt. So ist kürzlich die Amstelbank in Amsterdam zusammengebrochen, und bald wurde bekannt, daß eine ganze Reihe österreichischer Aristokraten und — was besonders interessant ist — deutscher Bühnenkünstler und — was besonders interessant ist — deutscher Bühnenkünstler zu den Leidtragenden gehört. Mag Pallenberg mit seiner Frau, der bekannten Frißi Massary, und Emil Jannings, der Filmstar, müssen aus ihrer Kunst ein einträgliches Geschäft zu machen verstanden haben. Denn das Ehepaar Pallenberg hat angeblich über eine Million, Jannings allerdings nur 700 000 Märker Guthaben bei der Amstelbank. Der Dienst an der deutschen Kultur ist, wie man aus der Höhe dieser Ziffern schließen darf, ein sehr ertragreicher.

Während nun der größere Teil der Beteiligten, wohl mit Rücksicht auf Kapitalfluchtgesetze usw., die Tugend des Schweigens übt, wird von dem Mimen Pallenberg eine gar schneidige Attacke gegen die Leitung der Amstelbank geritten und — wir lasen es selbst im Berliner Tageblatt — mit echt mimischem Heldenpathos das Mitleid des Volkes und die Gerechtigkeit aufgefordert, den Verlust zu be-

klagen bzw. zu verhindern. Ob solcher geistigen Aktion — Pallenberg will sich gar ein Theaterstück „Die Anstaltbank“ schreiben lassen — lachen die Klügeren, und boshafte Menschen werden ihre Schadenfreude schlecht verbergen können. Im übrigen wird die Quote, die bei dem Konkurs herauskommen wird, immer noch gut ein Drittel betragen, und gemessen an der Einlage Pallenbergs und Jannings soviel ergeben, daß sich „zur Not“ damit leben läßt. Im Vergleich mit der in breitesten deutschen Volkskreisen herrschenden großen Not bleiben beide auch jetzt noch reiche Leute.

Aber etwas anderes hätten wir uns zu überlegen. Ob die Forderungen solcher Prominenten angesichts des an den Tag gelegten Verhaltens nicht einer sehr gründlichen Korrektur bedürfen? Und muß man sich nicht überlegen, ob man Theater und Kinos, in denen der eine auf der Bühne, der andere auf der Leinwand ihre Kunst dem Volke zeigen, meiden soll, damit die Tantiemen nicht ins Phantastische wachsen, sondern klein und bescheiden bleiben, damit auch solche edle Seelen vor der Versuchung bewahrt bleiben.

Ein zeitgemäßer Antrag. Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags führt in einem Antrag aus, daß in den letzten Jahren sich sowohl der preussische Staat als auch das Reich in zunehmendem Maße an der Subventionierung nichtleibender industrieller Betriebe beteiligt hätten. Bei der in diesen schweren Zeiten notwendigen Sparsamkeit würde es sich nicht vereinbaren lassen, daß in diesen durch öffentliche Mittel gestützten Betrieben übermäßig hohe Direktorengehälter gezahlt werden. Das Staatsministerium wird ersucht, im Einvernehmen mit der Reichsregierung alsbald in eine Prüfung einzutreten, ob die Direktorengehälter in den vom Staat subventionierten Unternehmungen angemessen sind. Gegebenenfalls sollte von einer angemessenen Festsetzung dieser Gehälter die weitere Unterstützung abhängig gemacht werden.

Daß eine Aussprache über dieses Kapitel notwendig ist, beweist eine Notiz in der „Welt am Montag“:

Für die Kupferbergwerke der Mansfeld-A.-G. zahlen Reich und Preußen Subventionen in Höhe von 7 Millionen Reichsmark. Neue Verhandlungen über weitere Erhöhung auf 11 bis 12 Millionen Reichsmark schweben. Da ist es interessant, zu erfahren, was denn die leitenden Herren der Mansfeld-A.-G. verdienen. Man lese und staune:

Generaldirektor Stahl (nach einem 45%igen Abbau)	200 000 RM
Direktor Menzel	92 000 RM
Direktor Ludwig	46 000 RM
Direktor Schröter	42 000 RM

Es wird behauptet, daß die Herren von maßgebender Stelle darauf aufmerksam gemacht worden seien, daß derartig hohe Bezüge nicht gut mit der Tatsache der Subventionen in Einklang zu bringen seien. Und was erwiderten sie? Die Mansfeld A.-G. habe ja auch noch Tochtergesellschaften. Denen gehe es sehr gut. So ausgezeichnet, daß die Dachgesellschaft die hohen Direktorengehälter ohne Schwierigkeiten zahlen könne. Krank seien nur die Kupferbergwerke. Und die sind wirklich krank. Denn soeben verlangt die Direktion mit den Riesengehältern einen neuen Lohnabbau von 10 bis 12 Prozent. Ob trotz oder wegen der Subventionen sagt „Die Welt am Montag“ nicht.

Geregelter Sparverkehr. Die Flut der Notverordnungen hat nicht nur vorübergehend den Zahlungsverkehr in dem weitverzweigten Sparbetrieb geregelt und gewisse Umstellungen in Aussicht genommen, es wird auch mit einer Verschiebung in der Stellung des Publikums gegenüber einzelnen Sparinstituten gerechnet werden müssen. Die ganz außergewöhnlichen Vorgänge der letzten Zeit haben das mit sich gebracht. Gar manche der Sparinstitute waren in ihrer Liquidität auf die außergewöhnlichen Anforderungen nicht eingestellt. Neben der starken Drosselung des Zahlungsverkehrs auf dem Verordnungswege mußte zu weiteren Maßnahmen gegriffen werden, die die Schwierigkeiten noch größer erscheinen lassen mußten. Die vielfach durch Jahrzehnte hindurch sich bewährte Anhänglichkeit wurde erschütterter.

Da ist in dieser besonderen Situation angebracht, ein besonderes Wort zu sagen über die Deutsche Volksbank als Sparinstitut der christlichen Arbeiter, Angestellten und Beamten. Daß die Deutsche Volksbank gut über diese schwierige Zeit hinweggekommen ist und in weitestem Umfange ihre Sparer zufriedenstellen konnte, werden ihr die Sparer im weiten Vaterlande bestätigen können. Dazu hat die enge Verbundenheit mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung wesentlich beigetragen. Das in diesen Tagen erschienene Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften 1931 hatte wieder einmal diese enge

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Für die Zeit vom 27. September bis 3. Oktober ist der 40. Wochenbeitrag fällig.

Quartalschluß. Mit der vergangenen 39. Woche ist das 3. Vierteljahr zu Ende gegangen. Die Zahlstellenvorstände, insbesondere die Kassierer werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Abrechnungsformulare versandt sind. Es ist dringend notwendig, die Abrechnungsarbeiten unverzüglich vorzunehmen und die ausgefüllten Formulare innerhalb 14 Tagen an die Hauptgeschäftsstelle zurückzusenden.

Umtausch vollgelebter Mitgliedsbücher.

Bis zum Jahre 1930 war es im Verbands üblich, daß die vollgelebten Mitgliedsbücher zum Umtausch am Jahreschluß nach Köln eingesandt wurden. Es hat sich aber in den früheren Jahren herausgestellt, daß die bisherige Praxis nicht beibehalten werden kann, weil sich dann am Jahreschluß die zum Umtausch eingeschickten Mitgliedsbücher derart häufen, daß eine schnelle Erledigung unmöglich ist. Um diesen Zustand zu ändern, sollen nunmehr schon von September an die Mitgliedsbücher, die am Jahreschluß 1931 voll sind, nach Köln zum Umtausch eingesandt werden. Die Einsendung soll von den Zahlstellen der einzelnen Gaue in den nachstehend angegebenen Zeiträumen geschehen:

- Gau München: vom 1. September bis 15. September,
- Gau Nürnberg: vom 15. September bis 30. September,
- Gau Stuttgart: vom 1. Oktober bis 15. Oktober,
- Gau Frankfurt: vom 15. Oktober bis 31. Oktober,
- Gau Düsseldorf: vom 1. November bis 15. November,
- Gau Bochum: vom 15. November bis 30. November,
- Gau Hannover und Bremen: vom 1. Dezember bis 15. Dezember,
- Gau Berlin und Sachsen: vom 15. Dezember bis 31. Dezember,
- Gau Danzig und Breslau: vom 1. Januar 1932 bis 15. Januar 1932.

Zahlstellenverwaltungen und Mitglieder werden dringend gebeten, dafür zu sorgen, daß die festgesetzten Termine eingehalten werden.

Verbundenheit dokumentiert. Unsere Deutsche Volksbank wird in dem Jahrbuch seitens der Leitung der christlichen Gewerkschaften besonders behandelt. Behandelt als die eigene Einrichtung. Mit den Verlautbarungen früherer Jahrbücher, wie überhaupt durch die Behandlung der Deutschen Volksbank auf den bedeutendsten Gewerkschaftstagungen wie auch durch die gegenseitigen Geschäftsbeziehungen ist diese Verbundenheit ausgezeichnet dargestellt.

Die Deutsche Volksbank hat mit ihrem Sparbetrieb in stärkstem Umfange Fuß gefaßt in den Reihen der Gewerkschaftsangehörigen. Der Sparverkehr wird geregelt durch sog. Sparannahmestellen, die durch Personen aus dem Organisationsbetrieb betreut werden. Vertrauenspersonen sind also hier am Werk, die sich allemal im Organisationsbetrieb bestens bewährt haben. Auch in diesen Tagen haben sich die Sparannahmestellen bestens bewährt. Nur von einem geringen Teil der Annahmestellen wurden Abhebungen verlangt. Ein verschwindend geringer Teil der Sparer ließ sich zu Abhebungen herbei. Wenn auch Anfragen der verschiedensten Art aufstauten, so war doch auch hier die Ruhe und Sicherheit kaum in Gefahr.

Zu dieser guten Haltung der Sparer wie Sparannahmestellen werden nicht nur die offiziellen Verlautbarungen, sondern insbesondere auch die Kundgebungen der christlichen Gewerkschaften beigetragen haben.

Recht wirkungsvoll war der Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit seinen Gesamtverbänden. „Es droht ein hemmungsloser Ansturm auf die Banken, Sparkassen und sonstigen Geldinstitute... Dazu liegt kein Grund vor... Eine Inflationsgefahr besteht nicht, wir haben nicht zuviel Zahlungsmittel wie in der Inflation, sondern zu wenig... Die Reichsmark steht so fest wie je zuvor...“

Mit gleicher Eindringlichkeit beantwortete „Der Typograph“ eine Anfrage im „Briefkasten“. „Nein, die Sparer unserer Deutschen

Aus dem Berufsleben der Polsterer und Tapezierer.

Die Obermeistertagung der Tapezierermeister.

Die Tagungen unserer Arbeitgeber müssen auch durch uns entsprechend beachtet werden. Die geistige Einstellung auf einer solchen Tagung zu den verschiedensten Fragen der Zeit schlagen in der Regel weite Wellen innerhalb des betreffenden Gewerbes und berühren die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer oft sehr empfindsam. Deswegen können wir auch die im Juli stattgefundene Obermeistertagung, einberufen vom „Reichsverband Deutscher Tapezierermeister“, Polsterer und Dekorateurs, nicht unbeachtet lassen. Die Berichte von dieser Tagung erschienen in den letzten Nummern der „Allgemeinen Tapezierer-Zeitung“. Wir konnten daher erst jetzt davon Kenntnis nehmen.

Im Geschäftsbericht der Veranstaltung wurden Fragen berührt, die innerhalb des Gewerbes schon seit längerem besprochen werden. Gegen den Straßenhandel mit Polstermöbel wurde nochmals einschleichen Stellung genommen. Es handelt sich bekanntlich hier um einen Schundwarenvertrieb gewisser Produkte von Polsterwarenfabriken. Aufklärende Artikel bezgl. der Sache wurden auch von unserem Verbandsorgan verschiedentlich veröffentlicht. Durch entsprechende Anträge bei den Regierungsorganen und durch Aufklärung der breitesten Öffentlichkeit, die wir für äußerst wichtig halten, wurde erreicht, daß zunächst viele Länder des Reiches, Wandergewerbescheine dieser Art nicht mehr ausstellen. Ein Reichsverbot liegt noch nicht vor. Auch unser Wunsch ist, daß die Verbreitung dieser krassesten Schundware stärkstens eingedämmt werden möge.

Reden über die Schwarzarbeit fehlen auf keiner Meistertagung. Auch dem Vorsitzenden des Reichsverbandes scheinen die vielen Zuschriften seiner Meister in dieser Sache auf die Nerven gefallen zu sein. Nach dem Bericht war er erstaunt über die vielen diesbezgl. Einsendungen. Die Schwarzarbeit ist, wenn sie so stark in Erscheinung tritt, wie unsere Meister es zu schildern vermögen, (manche Schilderung wird sicher übertrieben sein?) ein Zeitübel. Langandauernde Arbeitslosigkeit ist die Ursache der sich verstärkt bemerkbar machenden Schwarzarbeit. Mit der Überwindung der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse, wird sie sicher wieder als kleineres Übel im Gewerbe zu betrachten sein.

Auf der Obermeistertagung hielt ein Generalsekretär Hermann, M. d. R., einen Vortrag über „Die Stellung des Handwerks im Staat und Wirtschaft“. Manche gute Darlegungen zur Gesamtlage konnten die Tapezierermeister von ihm hören. Seine Einstellung zu den Gewerkschaften und zu sozialen Fragen ist schief, ja milde gesagt zünftlerisch zu nennen. Die Antwort, die Hermann auf eine Anfrage bezgl. der Gehaltskürzungen der Beamten gab, ist, wenn man seine Auslassungen gegen die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft dem gegenüberstellt, geradezu krämerhaft, um es sehr gelinde auszudrücken.

Einige Bemerkungen dieses Herrn über „Gewerkschaft und Lohnpolitik“ wollen wir hier aus seiner Rede zitieren. Er sagt:

„In einer Zeit, in der die politischen Machtverhältnisse günstig waren, hat man versucht und auch erreicht, durch die Entwicklung und den Ausbau des staatlichen Schlichtungswesens ein System politischer Lohnbildung, ein System der Zwangswirtschaft der Löhne nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern auch auszubauen.“ — „Solange § 90, Abs. 2. 3. 1 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes bestehen bleibt, wonach der Arbeitsuchende schon dann eine Arbeit ablehnen kann, wenn er nicht den Tariflohn bekommt, braucht man sich nicht einzubilden, eine nennenswerte Milderung der Arbeitslosigkeit erzielen zu können.“ — „Der Reichsverband des deutschen Handwerks hat immer wieder darauf hingewiesen, wie außerordentlich befruchtend auf die Wirtschaft eine Beseitigung all dieser Überbleibsel aus dem Kriege, wie Haus- und Lohnzwangswirtschaft, Subventionen usw. wäre.“ — „Besonders gilt es zu kämpfen gegen die maßlose Überschätzung des Großkapitals und der Gewerkschaften.“

Hermann will also die Arbeiterschaft schutzlos der Wirtschaft preisgeben. Fort mit dem Schlichtungswesen. Fort mit den Tarifverträgen, Kampf den Gewerkschaften! Man hört aus der Rede Hermanns die abgeleierte Sage, daß Gewerkschaften, Schlichtungswesen und tarifliche Lohnbildung die Zerstückler des gesunden wirtschaftlichen Lebens und des Staates seien. Mit keinem Wort geht Her-

mann auf die schädlichen Wirkungen der Preiskartelle, der Preisbindungen im Handel und im Handwerk ein. Nach Hermann scheint hier alles in bester Ordnung zu sein. Aber Löhne müssen auch die Handwerksmeister zahlen, also muß die Lohnbildung dem freien Spiel der Kräfte, d. h. der Willkür des einzelnen Arbeitgebers preisgegeben werden.

Hören wir nun, was Hermann den Tapezierermeistern über ihre Einstellung zum Beamtenstande erzählt. Er sagt:

„Die Begeisterung, die sich in manchen Handwerkszweigen bei Verordnung der Gehaltskürzungen für Beamte bemerkbar gemacht hatte, hat bald einem großen Kaufenjammer Platz gemacht. Das Maßschneidehandwerk ist davon geradezu erschlagen worden, ebenso andere Handwerkszweige, besonders solche, die zum Kunstgewerbe zählen. Sogar im Nahrungsmittelgewerbe hat man eingesehen, daß man die Kaufkraft einer bestimmten Schicht nicht ungestraft mindern kann, ohne daß das in einem anderen Teil des Volkes zum Ausbruch kommt.“

„Im übrigen kann man aber nur davor warnen, Angestellte und Beamte weiter in eine Angriffsstellung gegen das Handwerk zu bringen. Das Handwerk schadet sich selbst dadurch unermeßlich viel. Vor allem ist es auch gewissen Feinden des Handwerks ein Genuß, das Handwerk in einer Feindschaftsstellung zur Beamtenschaft zu sehen.“

Hermann will klüger sein wie „Reineke Fuchs“, aber es gelingt nicht. Also nicht die ungeheure Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohnkürzungen der Arbeiterschaft schadet dem Mittelstand und dem Handwerkerstand, sondern die Gehaltskürzungen der Beamtenschaft haben ihnen den Ruin gebracht. Die ganze Rederei soll doch besagen: Liebe Meister! seid vorsichtig in Auslassungen gegenüber den Beamten, damit ihr geschäftlich keinen Schaden erleidet, aber schlagt desto schonungsloser auf die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft los. Existiert denn eine Kaufkraft des Millionenheeres der Arbeiterschaft überhaupt nicht in der Gesamtwirtschaft? So wie der Redner Hermann eine Wirtschaft sich denkt, scheint eine solche allerdings äußerst nebensächlich zu sein. Diese eigenartige Einstellung gegenüber den Gewerkschaften und der Arbeiterschaft einerseits und der Beamtenschaft andererseits, ist von einem Generalsekretär des deutschen Handwerks schon mehr wie krämerhaft.

Im dem Bericht der „Allgemeinen Tapeziererzeitung“ wird gesagt, das der Leiter der Tagung dem Redner „für diesen tiefgründigen und fein durchdachten Vortrag“ den herzlichsten Dank ausgesprochen habe. Wir wollen hoffen, daß die anwesenden Tapezierermeister tiefgründig über das Gehörte nachgedacht haben, und vielleicht ist doch dem einen oder andern ein Licht besserer Erkenntnis aufgegangen.

Markierungszwang für Polsterwaren.

Im Tapezierergewerbe bestehen seit längerem Bestrebungen, die für Polsterwaren durch eine Markierung einwandfreies Füllmaterial sicherstellen wollen. Führend in der Sache scheinen die Organisationen der Polsterwaren- und Matratzenfabrikanten zu sein. Nachdem eine recht lange Zeit nichts mehr über den Verlauf der Bestrebungen in die Öffentlichkeit drang, scheint es, daß doch noch auf gezieltem Wege eine Regelung vorgenommen wird. Von den Verhandlungen des Polsterwaren- und Matratzenfabrikanten-Verbandes mit dem Reichsgesundheitsamt berichtet die „Westdeutsche Sattler-, Polsterer-, Tapezierer- und Dekorateur-Zeitung“ das Folgende:

„Aus den gemachten Mitteilungen entnehmen wir, daß die Behandlungsvorschriften betr. Marke „Rein“ zunächst insoweit eine Änderung erfahren werden, als statt „chemisch behandeln“ allgemein gesagt wird „desinfizieren“. Statt des bisher nur chemischen Behandlungsverfahrens wird jedes zur wirksamen Desinfektion geeignete Verfahren zugelassen. Weiter wird verlangt eine gründliche Wäsche und Reinigung des Materials bis zu einem Reinheitsgrad, der im Einvernehmen mit dem Reichsgesundheitsamt festgelegt wird. Neumaterial aller Art soll künftig nicht mehr gewaschen, sondern nur desinfiziert werden, allerdings mit der Einschränkung, daß das Neumaterial so behandelt worden ist, daß man es als einwandfreies Neumaterial noch bezeichnen kann. Ebenso wird die Kontrolle ständig werden. Sie soll sich — und das ist auch für die beabsichtigte Verordnung bzw. das beabsichtigte Gesetz vorgesehen — nicht nur auf die Füllmateriallieferanten erstrecken, sondern auch auf die

Fertigerzeuger, damit z. B. nicht der Fertigerzeuger einen Teil reinen Materials kauft und auf Nebenwegen unreines Material dazu kauft. Die kommende Verordnung bzw. ein Gesetz wird vor allem auch die Reinigung sämtlichen Altmaterials oder sonstwie schon vorgebrauchten Materials sichern. Wann die gesetzlichen Vorschriften kommen, läßt sich bei der Finanznot des Reiches und bei der Art, wie unsere gesetzgebenden Körperschaften heute arbeiten, noch nicht sagen. Sicher ist, daß es nach bester Möglichkeit beschleunigt wird. Für die Gegenstände, die gemischte Polsterungen haben, sei bemerkt, daß Rohhaare — soweit sie von geordneten Rohhaarspinnereien bezogen sind — als reines Material gelten, ebenso Crin d'Afrique, Alpengras und ähnliche Dinge.

Nach den gepflogenen Verhandlungen wird anzunehmen sein, daß die gesetzgeberischen Maßnahmen auch den Markierungszwang brin-

gen. Das von Staats wegen zu fordernde Mindestmaß an Sauberkeit und Gesundheitsicherung gegen Ansteckungen soll mit einer allgemein vorgeschriebenen Marke, sozusagen „öffentlichen Gesundheitsmarke“ markiert werden. Es soll aber jedem unbenommen bleiben, neben der sogenannten öffentlichen Gesundheitsmarke auch noch seine Spezialmarke an seine Erzeugnisse zu hängen und zu propagieren, daß sein Material sogar noch das gesetzlich geforderte Mindestmaß an Reinheit im Ursprungszeitpunkt übertreffe. Hinsichtlich der Kontrollmaßnahmen lasse sich — so wurde erklärt — noch nicht sicher überblicken, wie sie gesetzlich gestaltet werden. Eine erhebliche Erschwerung der Lösung sei durch die Kostenfrage gegeben. Auch das Reich und die Länder sind unter den heutigen Finanzverhältnissen völlig daran gehindert, hier einen großen Beamtenapparat aufzuziehen.“

(Fortsetzung von Seite 317).

Volkbank besitzen bessere volkswirtschaftliche Erkenntnisse, die sie bestimmen, nicht wie die anderen händeringend ihre Spargroschen abzuheben. Zudem gibt es kein anderes Geldinstitut, bei dem die Gelder sicherer wären als bei unserer Volkbank, weil dahinter unsere Gesamtbewegung steht.“

Treffende Ausführungen verantwortlicher Instanzen der Gewer-

schaftsbewegung griffen also in schwieriger Situation ein. Kein Wunder also, daß verhältnismäßig gut die Deutsche Volkbank über die Notzeit hinweggebracht werden konnte.“

Die Zukunft wird eine starke Durchorganisation des Sparverkehrs bringen müssen. Die Sparannahmestellen werden vermehrt und ausgebaut werden müssen. Ein intensiver, gut geregelter Sparverkehr wird weiter gepflegt werden müssen.

Arbeitsrecht und Arbeiterschutz.

Der Offenbarungseid.

Er ist heute an der Tagesordnung. Immer mehr häufen sich bei den Gerichten die Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides. Ein Bild unserer trostlosen Wirtschaftslage!

Der Offenbarungseid ist das letzte Mittel für den Gläubiger, um zu seinem Gelde zu kommen. Er ist erst dann zulässig, wenn die Pfändung zu einer vollständigen Befriedigung des Gläubigers nicht geführt hat, oder wenn der Gläubiger dem Gericht glaubhaft darlegt, daß er durch Pfändung seine Befriedigung nicht oder nicht vollständig erlangen kann. Der Antrag auf Abnahme des Offenbarungseides ist bei dem Amtsgericht zu stellen, in dessen Bezirk der Schuldner seinen Wohnsitz oder in Ermangelung eines solchen seinen Aufenthaltsort hat. Der Antrag muß die Person des Schuldners so genau bezeichnen, daß seine Ladung möglich ist. Er kann schriftlich eingereicht oder zu Protokoll des Urkundsbeamten erklärt werden. Empfehlenswert ist es, den geschuldeten Betrag anzugeben. Der Antrag braucht nicht immer wegen der ganzen Schuldsumme gestellt zu werden; er ist auch wegen eines Teiles der Forderung zulässig. Dem Antrage sind der vollstreckbare Schuldtitel und diejenigen Urkunden beizufügen, aus denen sich die Verpflichtung des Schuldners zur Leistung des Offenbarungseides ergibt. Dazu gehören insbesondere die Urkunden über die Zustellung des Schuldtitels sowie das Protokoll des Gerichtsvollziehers über die ganz oder teilweise ergebnislos verlaufene Zwangsvollstreckung oder die Urkunden zur Glaubhaftmachung der Aussichtslosigkeit der Vollstreckung.

Zu dem Eidesleistungstermin werden Gläubiger und Schuldner von Amts wegen geladen. Der Gläubiger ist zum Erscheinen nicht verpflichtet, er kann aber am Termin teilnehmen, um seine Interessen wahrzunehmen. In dem Termin muß der Schuldner ein Verzeichnis seines gesamten Vermögens vorlegen und den Offenbarungseid dahin leisten, daß er nach bestem Wissen sein Vermögen so vollständig angegeben habe, als er dazu imstande ist. In dem Verzeichnis sind außer den einzelnen beweglichen Sachen auch die unbeweglichen (Grundstücke) und alle Forderungen, und zwar auch die noch nicht fälligen, anzugeben. Auch sonstige Vermögensrechte, z. B. Hypotheken, einschließlich der Eigentümergrundschulden, Anteilsrechte an einem Gesellschaftsvermögen, das Recht am eingebrachten Gut der Frau usw., müssen aufgeführt werden. Sachen und Rechte, die dem Schuldner nicht mehr zustehen, brauchen auch dann nicht angegeben zu werden, wenn sie der Gläubiger durch Anfechtung erlangen könnte. Auch die unpfändbaren Gegenstände sind anzugeben, da die Beurteilung der Unpfändbarkeit nicht beim Schuldner steht. Die dem Schuldner zustehenden Forderungen sind genau zu bezeichnen, um dem Gläubiger die Prüfung zu ermöglichen, ob deren Pfändung mit Nutzen betrieben werden kann. Solange nicht ein ordnungsmäßiges Verzeichnis vorliegt und für etwaige Lücken genügende Gründe angegeben sind, darf der Eid nicht abgenommen werden. Weigert sich der Schuldner, das Verzeichnis vorzulegen, dann gilt dies als Verweigerung der Eidesleistung.

Gegen den Schuldner, der in dem zur Eidesleistung bestimmten Termine nicht erscheint oder die Leistung des Offenbarungseides ohne Grund verweigert, hat das Gericht zur Erzwingung der Eidesleistung auf Antrag des Gläubigers die Haft anzuordnen. Die Verhaftung des Schuldners erfolgt auf Grund eines Haftbefehls durch den Gerichtsvollzieher, jedoch nur dann, wenn der Gläubiger es beantragt. Die Kosten, welche durch die Haft entstehen (einschl. der Verpflegungskosten) hat der Gläubiger von Monat zu Monat voranzuzahlen. Die Ausnahme des Schuldners in das Gefängnis ist unstatthaft, wenn nicht mindestens für einen Monat die Zahlung geleistet ist. Die Haft besteht, da sie nur ein Zwangsmittel sein soll, nur in der Entziehung der Freiheit. Sie wird in einem Raume vollstreckt, in welchem nicht zugleich Untersuchungs- oder Strafgefängene sich befinden. Eine zwangsweise Beschäftigung des Verhafteten ist ausgeschlossen. Die Haft darf die Dauer von sechs Monaten nicht übersteigen. Der verhaftete Schuldner kann zu jeder Zeit bei dem Amtsgericht des Haftortes beantragen, ihm den Eid abzunehmen. Nach Leistung des Eides ist er unverzüglich aus der Haft zu entlassen.

Hat der Schuldner den Offenbarungseid geleistet, so ist er zur nochmaligen Leistung des Eides — auch anderen Gläubigern gegenüber — nur verpflichtet, wenn glaubhaft gemacht wird, daß er später Vermögen erworben habe. Diese Vorschrift findet jedoch keine Anwendung, wenn seit der Eidesleistung fünf Jahre verstrichen sind.

Alle diejenigen Personen, welche den Offenbarungseid geleistet haben oder gegen die wegen Verweigerung des Eides die Haft angeordnet worden ist, werden beim Amtsgericht in ein Verzeichnis eingetragen (Schuldnerliste). Sind seit dem Schlusse des Jahres, in welchem die Eintragung in das Verzeichnis erfolgt ist, fünf Jahre verstrichen, so ist die Eintragung dadurch zu löschen, daß der Name unkenntlich gemacht oder das Verzeichnis vernichtet wird. Die Eintrag der Schuldnerliste ist jedem gestattet. Über das Bestehen oder Nichtbestehen einer Eintragung hat der Urkundsbeamte auf Antrag Auskunft zu geben.

Justizobersekretär Repphäuser, Weimar.

Ersparnisse bei der Justiz.

In dieser Zeit äußerster Wirtschaftsnot wird mit Recht verlangt, daß die öffentlichen Verwaltungen ihre Einrichtungen nach Möglichkeit vereinfachen und die Personalausgaben herabdrücken. Die Beamten, die sich der Not der Allgemeinheit nicht verschließen, haben aber immer darauf hingewiesen, daß solche Sparmaßnahmen nicht nur durch Senkung der Gehälter, sondern vor allem durch innere Reformen der Geschäftseinrichtungen erzielt werden müßten. Vorbildlich in der Durchführung solcher Sparreformen ist die Justizverwaltung, die schon seit Jahren durch Überweisung einfacherer Arbeiten an geringer besoldete Kräfte erhebliche Ersparnisse erzielt hat. In Preußen konnten dadurch 27,5 Millionen Reichsmark jährlich gespart werden. Fast 2000 Richter und nahezu 6000 obere Justiz-

beamte sind durch diese Reform abgebaut worden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß gerade bei der Justiz solche Reformen schwer durchzuführen sind, weil die meisten Änderungen nicht einfach eine Verwaltungsanordnung, sondern eine Gesetzesänderung, also eine Mitwirkung des Parlaments erfordern.

Diese Schwierigkeit könnte jetzt bei Ausschöpfung weiterer Sparmöglichkeiten überwunden werden, wenn — wie beabsichtigt ist — neue Justizreformmaßnahmen im Wege der Notverordnung durchgeführt werden. Es ist nämlich eine noch weitere Entlastung der richterlichen Arbeitskraft dadurch möglich, daß der Prozeßrichter ermächtigt würde, einfachere Klagen dem Rechtspfleger zur Wahrnehmung des Güteversuchs und bei Nichterscheinen des Beklagten zum Erlaß des Versäumnisurteils zu überweisen, falls sie nach der Prüfung des Richters größere Rechtsschwierigkeiten nicht bieten. Im Jahre 1930 sind in Preußen von drei Millionen Prozessen im Güteverfahren 617 000 und durch Versäumnis- oder Anerkennungsurteil 1 1/2 Millionen erledigt worden. Dagegen brauchten nur 400 000 Streiturteile erlassen zu werden. Ist es in heutiger Zeit noch zu verantworten, daß die teure Kraft des Richters mit der Bearbeitung einer so großen Zahl unstreitiger Sachen, die für die eigentliche richterliche Entscheidung keinen Anlaß geben, in Anspruch genommen wird? Sollte man den Richter von diesen Sachen nicht so weit wie irgend möglich befreien, damit er Zeit erhält, die wirklich streitigen Fälle mit größerer Beschleunigung zu Ende zu führen? In der Juristischen Wochenschrift (S. 2452) macht LGPräs. Dr. Buße, Erfurt, in einem Artikel über beschleunigte Behandlung der Bagatellsachen auf die Belastung des Prozeßrichters mit den „massenhaften Versäumnissachen“ aufmerksam. „Jeder Richter kennt den Aufenthalt, den die Versäumnissachen in den Sitzungen verursachen, diese Tätigkeit, bei der er nur die Rolle einer handwerksmäßig arbeitenden Abfertigungsstelle spielt.“ In dieser herben, den tatsächlichen Verhältnissen aber nur zu gut entsprechenden Kritik liegt ein deutlicher Hinweis auf die Notwendigkeit, den Richter, von dem man doch gerade heute Höchstleistungen erwarten muß, schleunigst zu entlasten und seine Arbeitskraft besser auszunutzen.

Der Entwurf einer neuen Zivilprozeßordnung enthält eine solche Entlastungsmöglichkeit des Richters noch nicht, weil der Regierung bisher jegliche Erfahrung auf diesem Gebiet fehlt. Sie will dagegen dem Rechtspfleger auf anderen Rechtsgebieten verschiedene bisher richterliche Aufgaben endgültig übertragen, weil — nach der Begründung — die vorzügliche Bewahrung der Rechtspflegereinrichtung allgemein anerkannt wird. Diese günstige Beurteilung sollte dazu führen, den Rechtspfleger auch in der Bearbeitung der unstreitigen Sachen in weiterem Maße zur Entlastung des Richters heranzuziehen und so noch größere Ersparnisse bei der Justiz zu erzielen. Justizamtmann Otto Meyer, Essen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Die Korbmacher protestieren. Am Sonntag, den 13. September, fand in Schwübzig eine Protestkundgebung der christlich organisierten heimarbeitenden Korbmacher statt. Vorsitzender Ungemach eröffnete die Versammlung und teilte mit, daß Gauleiter Expenbeck erkrankt sei und deshalb die Versammlung nicht besuchen könne. Er erteilte Kollege Tezane von Nürnberg das Wort, der etwa ausführte:

Nicht Kampf gegen Regierung oder Arbeitgeber habe die Korbmacher zusammengeführt, sondern der Kampf ums tägliche Brot, der Kampf gegen das Schreckensgespenst der Not. Vieles habe die Arbeitererschaft in den letzten Jahren durchgemacht, besonders aber die Heimarbeiter. 1924 habe man eine tarifliche Regelung für typierte Korbbwaren erreicht und steuerlich seien die Korbmacher den Werkstättenarbeiter gleichgestellt worden. Bald sei das allerdings wieder umgestoßen worden, denn den Korbindustriellen sei die Arbeit

der Steuerberechnung zuviel geworden. Die Besteuerung der Korbmacher war dann lange Zeit uneinheitlich. Lange habe es auch gedauert, bis man erreicht habe, daß die Arbeitgeber den gesetzlichen Beitragsanteil der Erwerbslosenversicherung übernehmen. Zum 31. Dezember 1930 habe der Verband der Korbindustriellen den Tarif gekündigt und bisher sei es nicht gelungen, wieder einen Tarif zu vereinbaren.

Die Not innerhalb der Korbmacherfamilien werde immer größer, die Erwerbslosigkeit nehme zu. Viele erwerbslose Korbmacher bekommen keine Unterstützung, weil ein Wochenverdienst von mindestens 10 RM nicht erreicht werde. (§ 65 b des Gesetzes der Arbeitslosenversicherung). Nun habe man in einer Notverordnung die Herausnahme der Heimarbeiter ausgesprochen. Danach sollen ab 1. November die Heimarbeiter versicherungsfrei sein und im Falle der Erwerbslosigkeit keine Unterstützung erhalten. In allen Versammlungen der Korbmacher sei große Verbitterung anzutreffen. Will man uns verhungern lassen?, das ist die bange Frage, die man immer wieder hört!

Der Redner zeigte dann die Ursachen der Krisen auf und streifte die Gründe, die für die Herausnahme der Heimarbeiter aus der Arbeitslosenversicherung maßgebend waren. Man könne es nicht verstehen, warum man die neue Belastung auf die Schultern der Arbeiter und kleinen Beamten abgewälzt habe, während man die Großpensionen nicht kürze. Wenn die Notverordnungsbestimmungen nicht abgeändert werden, dann würden die wirtschaftlichen Verhältnisse der Korbmachergemeinde geradezu katastrophal werden. Für die Arbeiter bedeuten diese Bestimmungen Hunger und für die Gemeinden den Ruin.

Einstimmig wurde eine entsprechende Entschließung gefaßt und weitergeleitet. Der Vorsitzende schloß die erregte Versammlung, indem er dem Kollegen Tezane für die im Dienste der Korbmacher geleistete Arbeit dankte. Karl Eberth.

Hamm. Die Zahlstelle Hamm hatte ihre Mitglieder am Sonntag, den 13. September, zu einem Familienausflug nach dem herrlich gelegenen, von hohen Buchen und schönen Anlagen umgebenen „Haus Killwinkel“ eingeladen. Zahlreich hatten sich die Kollegen mit ihren Familienangehörigen dort eingefunden.

Während des gemeinsam eingenommenen Kaffees hielt der Vorsitzende eine kleine Begrüßungsansprache. Nachdem sich alle gestärkt hatten, setzte auch in den Anlagen reges Leben und Treiben ein. An einem Scheibenstand winkten den besten Schützen herrliche Gewinne. Für die Damen waren Unterhaltungsspiele vorgesehen. Viel belacht wurde die — meist verunglückte Geschicklichkeitsprüfung der Damen, die in der Anheftung des Schlußstückes an ein sehr bekanntes — hier allerdings gemaltes — Grautier bestand. Die Kinder erhielten eine gut gefüllte Tüte mit Süßigkeiten.

Endlich begann dann die mit großer Sehnsucht erwartete Verlosung. Schon nach kurzer Zeit waren die Glücklichen im Besitze ihres Gewinnes. Diejenigen aber, die leer ausgingen, mußten sich trösten auf nächstes Jahr. Nachdem noch eine photographische Aufnahme gemacht worden war, versammelte man sich wieder im Saal. Bei schon vorgetragenen Konzertsücken verfolgten die Stunden nur allzu rasch. Besonderer Dank gebührt Herrn Wedepohl, der sich unentgeltlich in den Dienst der guten Sache gestellt hat. Nachdem der Vorsitzende nochmals allen für ihr Erscheinen gedankt hatte, wurde der Heimweg angetreten mit dem Bewußtsein, fröhliche Stunden beim Familienausflug, Zahlstelle Hamm, verlebt zu haben.

Anzeigenpreis für die vierges. v. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und -angebote sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Verlag befinden sich Köln, Benloer Wall 9. Telefonruf West 515 46. — Redaktionschluß ist Samstag-Mittag.
Der „Sozialarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Sozialarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mt. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. — Selbstbindungen nur Postfachkonto 7718 Köln.

Intarsien jeder Art
Katalog
gegen 0,50 Mark in Briefmarken
E. Biller, Heidelberg
Theaterstraße 711

Sprechmaschinen-Laufwerke
zum Selbsteinbau, la. **Doppelschneckenfederwerk** nur **11,50 Mk.**
2 Seiten einer 30-cm-Platte spielend, mit allem Zubehör, noch
Tonarme, Trichter, Schalldosen und Teller in großer Auswahl sowie
Regulateur-, Tisch- und Hausuhrwerke
zum Selbsteinbau, nach Katalog, der gratis und franko versandt wird von
Robert Husberg, Neuenrade (Westfalen) Nr. 9

Original-Süddeutsche
Hobelbänke
200 cm hintere Blattlänge, kompl. mit Stahlspindeln zum **Reklamepreis per Stück 74.— Mk.** ab süddeutscher Station. **Garantie für jede Bank.** Abbildungen gratis. Werkzeugkatalog gegen 30 Pfg. Briefmarken. **M. E. WALTHER,** Dresden 23, Rehefelder Straße 53